

BSK



Pressemitteilung

Positionspapier der Bundesschülerkonferenz

„Berufsbildung und Berufsorientierung in und an deutschen Schulen“

vom 20.09.2015, Wiesbaden

- Die Bundesschülerkonferenz fordert mehr Anerkennung für Ausbildungsberufe.

Vergangenes Wochenende hat die Bundesschülerkonferenz zum dritten Mal in diesem Jahr getagt. Hierfür kamen in Wiesbaden die Bundesdelegierten der Landesschülervertretungen aus Baden-Württemberg, Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen und Schleswig-Holstein zusammen. Die Tagung widmete sich dem Thema „Berufsbildung und Berufsorientierung in und an deutschen Schulen“. Nach einer Begrüßung durch Frau Kultur- und Schuldezernentin Rose Lore Scholz der Stadt Wiesbaden, kooperativen Worten des Bundeselternbeiratsvorsitzenden Michael Töpler und einer thematischen Einführung aus Sicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes durch Fabian Wagner, den Bezirksjugendsekretär für Hessen-Thüringen präsentierte jedes der anwesenden Bundesländer die Situation der Berufsbildung und Berufsorientierung an den Schulen im eigenen Land und wies dabei insbesondere auf aktuelle Veränderungen und eigene Forderungen in diesbezüglich hin. Auf dieser Grundlage und der anschließenden ausführlichen Diskussion ist nachfolgendes Positionspapier entstanden. Das Positionspapier wurde nach dem Konsensprinzips beschlossen, bringt somit besonders deutlich zum Ausdruck welche Positionen und Forderungen die unterschiedlichen Landesschülervertretungen gemeinsam vertreten. Als Aufforderung zum Handeln werden die Landesschülervertretungen dieses Positionspapier in den kommenden Tagen an die betroffenen bildungspolitischen Akteure versenden. Im Dezember wird die nächste Bundesschülerkonferenz stattfinden. Die Tagesordnung wird sich dann den derzeitigen und zukünftigen Herausforderungen im Bildungsbereich rund um das Thema „Flüchtlinge“ widmen.

Positionspapier der Bundesschülerkonferenz vom 20.09.2014¹

1. Die Bundesschülerkonferenz spricht sich für eine stärkere Anerkennung von Ausbildungsberufen in der Gesellschaft aus. Ziel ist es, Ausbildungsberufe nicht als Alternative, sondern als Möglichkeit zu sehen. Eine Maßnahme hierfür kann das Bekämpfen von Vorurteilen gegenüber dem differenten Leistungsniveau der jeweiligen Bildungsabschlüsse sein. Es muss in den Bildungseinrichtungen und darüber hinaus mehr über die Abschlüsse und deren Relevanz aufgeklärt werden. Zudem sollten in Schulen Informationsveranstaltungen und Kampagnen in Kooperation mit Ausbilderinnen und Ausbildern und Gewerkschaften durchgeführt werden. Wichtig ist es hierbei auch, dass die Ausbildung dem Studium nicht nachzustellen ist, sondern nebeneinander zu betrachten ist.
2. Im Zuge einer guten Ausbildung werden besser ausgebildete Lehrkräfte benötigt, hierbei ist nicht nur die fachliche sondern auch die pädagogische Kompetenz von Bedeutung. Die Tätigkeiten der Lehrkräfte müssen von Beginn an attraktiv gestaltet und als solche vermittelt werden, sodass sich junge und geeignete Menschen für den Lehrberuf. Hierbei sollten die Rahmenbedingungen (z.B. frühere Ausschreibungstermine und längere Vertragsfristen) des Lehrberufs verbessert werden.
3. Im Zuge einer guten Lehrerausbildung muss auch der Übergang von Schule zur Ausbildung für Schülerinnen und Schüler sachadequat vermittelt werden. Es gilt Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen bzw. Akteuren im Ganztagsangebot zu schließen. Von besonderer Bedeutung liegt hierbei die Berufsberatung in der Schule. Dabei sollen unter anderem die Betriebe mit offenen Ausbildungsplätzen in einer Datenbank erfasst und Informationsschreiben an die Schulen geschickt werden. Die Bundesschülerkonferenz empfiehlt die Einführung von Jugendberufsagenturen nach dem Hamburger Modell.²
4. Um Anreize zu schaffen, müssen die Ausbildungsangebote für die Auszubildende und Auszubilden attraktiver gestaltet werden. Damit die Schülerinnen und Schüler eine Vorstellung von den aktuellen Ausbildungsangeboten und Aufschluss über ihre/seine eigenen Interessen und Stärken bekommt, ist es die Pflicht der Schule eine qualitativ hochwertige Berufs- und Studienorientierung durchzuführen. Das kann durch ein Schulfach an allgemeinbildenden Schulen über Berufsorientierung erfolgen. Es ist darauf zu achten, dass Schülerinnen und Schüler mehrere Praktika in ihrer Schullaufbahn absolvieren. Mindestens eines davon sollte sich auf einen Ausbildungsberuf beziehen. Dabei sollten Schulen in der Pflicht stehen, für die Qualität, Vor- und Nachbereitung, eines Praktikums zu sorgen. Dafür haben die Lehrkräfte die Schülerinnen und Schüler zu begleiten, sowohl bei der Auswahl der Praktikumsstelle als auch beim Praktikum selbst. Es ist nicht nur wünschenswert sondern notwendig, dass die Fahrtkosten im Rahmen eines Praktikums erstattet werden.³
5. Die Bundesschülerkonferenz fordert einen gesetzlich garantierten Anspruch auf einen Ausbildungsplatz. Dazu muss die betriebliche Ausbildungsbeteiligung deutlich erhöht werden. Ziel ist es, allen interessierten jungen Menschen eine betriebliche Ausbildung zu ermöglichen und ein auswahlfähiges Angebot zu schaffen (112,5 Ausbildungsstellen pro 100 Ausbildungsinteressierten nach BVerfG).
6. Des Weiteren fordert die Bundesschülerkonferenz eine Ausbildungsumlage für alle Betriebe. Geschehen soll dies, indem alle Betriebe zwei Prozent ihrer Bruttolohnsumme in eine gemeinsame Kasse einzahlen. Die Bereitschaft zur Ausbildung wird unterstützt, wer nicht oder zu wenig ausbildet, unterstützt andere Betriebe und außerbetriebliche Ausbildungsstätten bei ihrer Ausbildung. Es muss

¹ Rheinland-Pfalz enthält sich seiner Stimme/beteiligt sich nicht am Beschluss des Positionspapiers.

² Saarland enthält sich seiner Stimme.

³ Saarland enthält sich seiner Stimme.

klar geregelt sein, dass nur Betriebe Kosten aus der Umlagefinanzierung erstattet bekommen, deren Ausbilderinnen und Ausbilder einen Nachweis von Kenntnissen nach der AEVO haben, ein angemessenes Verhältnis von Ausbilderinnen und Ausbildern zu Auszubildenden besteht und sich an die geltenden Gesetze halten.⁴

7. Die Bundesschülerkonferenz spricht sich für eine bundesweite Berechtigung der allgemeinen Hochschulzulassung bei Meister- und sonstige hochqualifizierten Fortbildungsabschlüssen, sowie der fachbezogenen Hochschulzulassung nach Ausbildungsabschluss aus. Den Hochschulen seien die Möglichkeit zu Beratungsgesprächen und Auswahltests zu geben.



Die Bundesschülerkonferenz vor dem Hessischen Landtag

⁴ Saarland, Sachsen und Baden-Württemberg enthalten sich ihrer Stimme.